

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 7. April 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltenen  
Nonpareillezeile 25 Pfennig;  
Verfammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 41.

## Zur Invalidenunterstützung.

Die Unterstützung für dauernd Arbeitsunfähige (Invaliden) bildet in ihrer Weiterentwicklung eine Frage von größter einschneidender Bedeutung für den Verband. Die fortwährend sich vergrößernde Zahl der Invaliden (1896 = 125 Invaliden, 1906 = 583 Invaliden) und die für sie aufzuwendende Summe stehen in keinem Verhältnis zu der vom Verbands für bestimmte Quote von 20 Pf. pro Mitglied. Vor drei Jahren erinnerte unser Vorsitzender Döbblin auf der Dresdener Generalversammlung (Protokoll S. 5) schon an die horrenden Verpflichtungen des Verbandes für die Zukunft in bezug der Invalidenunterstützung. Die Mehrzahl der Verbandsmitglieder läßt sich von den 6 Millionen, mit denen das Geschäftsjahr 1907 als Bestand abschloß, vollständig binden, richtiger täuschen. An die Verpflichtungen des Verbandes für die Zukunft denken nur wenige. Man könnte in dieser Beziehung auch von einem Chauvinismus sprechen, der sich in unsern Reihen immer mehr breit macht. Das heutige Verbandsmitglied muß in seinem innern Bau eben viel stärker sein, als der frühere, weit über die Hälfte kleinere Unterstützungsverein, soll es seinen Aufgaben genügen, sonst könnte eine schwere Krise ihm leicht verhängnisvoll werden. Heute umfaßt der Verband 90 Prozent aller Berufsangehörigen. Eine weitere bedeutende Zunahme der Mitglieder im Maßstabe der letzten Jahre läßt sich nicht mehr erwarten, der Beharrungszustand zeigt damit immer näher, d. h. Zugang und Abgang zeigen keine bedeutende Differenz. Bei Annahme von 4 Prozent Invaliden, ein Satz, welcher nach den bisher gesammelten Erfahrungen unserer Verwaltung (Dresdener Generalversammlung, Protokoll S. 102) durchaus nicht zu hoch ist, hätten wir beim heutigen Mitgliederbestand (ungefähr 53000) mit 2120 Invaliden zu rechnen, welche eine Unterstützungssumme von jährlich wenigstens 773 800 Mk. (2120 x 365 Mk.), wahrscheinlich aber 850000 Mk. erfordern werden, und zwar fortlaufend jedes Jahr höher belastend. Die Summe der Invalidenunterstützung wird in der Zukunft der Krankenunterstützung gleichkommen, wahrscheinlich dieselbe noch übertreffen. Den hieraus sich ergebenden Verpflichtungen kann sich der Verband nicht entziehen. Die Invalidenunterstützung ist eben einer der Grundpfeiler, auf dem das ganze Verbandsgebäude ruht. Die drei Atome Konditionslofen, Kranken- und Invalidenunterstützung bilden das Element für das Wirken des Verbandes. Das Ausschalten der Invalidenversicherung würde unter den heutigen Verhältnissen für die Zukunft schwere Nachteile für den Verband haben. Im Jahresbericht 1896 sagte darüber schon Kollege Döbblin: „Gerade, wo die Lage der Gesetzgebung uns zwang, die Rechte der Mitglieder an den Kassen des Verbandes auszufließen, ist es doppelte Ehrenpflicht, das in die Organisation gesetzte Vertrauen der Mitglieder zu rechtfertigen und dahin zu wirken, daß unter allen Verhältnissen jede Kategorie der zu Unterstützenden in ihren Ansprüchen gesichert ist.“ Auch heute wird sich jeder einsichtige Kollege mit dieser Äußerung einverstanden erklären und sie gewiß auch unterstreichen.

Die Frage ist nun: Wie können wir die Invalidenunterstützung erhalten, d. h. Einnahme und Ausgabe für die Zukunft in ein einigermaßen entsprechendes Verhältnis bringen? Die Grundursache liegt bei der jetzt in Liquidation befindlichen Zentralinvalidentasse, der Vorgängerin unserer jetzigen Invalidenunterstützung. Im Unterstützungsverein wurde gesondert für sich eine Kranken-, Allgemeine und Invalidentasse geführt. Der Beitrag betrug für die Allgemeine Klasse 60 Pf., für die Krankentasse 55 Pf. und für die Invalidentasse 20 Pf. wöchentlich, d. h. für die Allgemeine Klasse und Krankentasse ungefähr je  $\frac{1}{2}$ , und für die Klasse, welche ebenso viel, zwar nicht augenblicklich, aber in Zukunft, wie die Krankentasse leisten muß, für die Invalidentasse nur  $\frac{1}{4}$  des Wochenbeitrags. Eine recht stiefmütterliche Behandlung in der Beitragsauführung. Und ein Stiefkind ist die Invalidenunterstützung dann auch im Verbands geblieben. Sie soll recht viel leisten, aber möglichst wenig empfangen.

Im Jahre 1892 erlag der Unterstützungsverein im Kampfe für den Neustundentag den vereinten Kräften der durch das ganze Unternehmertum gestärkten Prinzipalität, der Justiz und des Ministers Herrfurth. Als sein Nachfolger erkand der heutige Verband, aber ohne

sich unter die Versicherungsgesetzgebung zu stellen, führte er nur einen Beitrag ein, von welchem sämtliche Unterstützungsweige erhalten wurden. Derselbe beträgt zurzeit 1,10 Mk. Für die Invalidenunterstützung werden hiervon 20 Pf. als Quote zur Verrechnung angenommen. Also etwa  $\frac{1}{5}$  des Beitrags kommt auch hier nur zur Verrechnung für die Leistungen an die Invaliden. Eine Besserung in der stiefmütterlichen Behandlung dieses Unterstützungsweiges ist demnach nicht eingetreten. Wohl ist anzuerkennen, daß der heutige Gesamtbeitrag von 1,10 Mk. um 25 Pf. geringer ist als der des ehemaligen Unterstützungsvereins, während die materiellen Leistungen des Verbandes bedeutend größere geworden sind, dafür aber haben sich auch die Leistungen für die Gattinnen erhöht. Die Quote von 20 Pf. genügt in keiner Weise für die Durchführung einer in ihrem Bestehen für die Dauer gesicherten Invalidenunterstützung. Der bekannte Versicherungsmathematiker Dr. Billmer hatte schon in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts den Beitrag von 20 Pf. für die Invalidentasse des Unterstützungsvereins in einem versicherungstechnischen Gutachten als zu gering bezeichnet. Er forderte vom streng versicherungstechnischen Standpunkte 50 bis 60 Pf. wöchentlichen Beitrag. Eine Summe, welche weder damals noch heute die Mitglieder leisten können. Für uns liegt der Gedanke nahe, hierbei die mittlere Linie zu gehen. Den Forderungen der Versicherungswissenschaft können wir zurzeit nicht nachkommen, wohl aber brauchen wir sie, soweit möglich, auch nicht zu negieren. Eine Erhöhung der Quote um 10 Pf. würde die Verhältnisse für die Invalidenunterstützung bedeutend günstiger gestalten, um so mehr wenn der Verbandsbeitrag um 10 Pf. erhöht würde und so die übrigen Unterstützungsweige nicht schlechter gestellt werden. Wieviel Segensreiches kann dieser eine Groschen pro Woche in unserm Verbands wirken, gegenüber den vielen Groschen, die dem Volke heute automatisch aus der Tasche gezogen werden.

53000 Mitglieder mit etwa 5% Abzug für Arbeitslose, rund gerechnet 50000 Beiträge à 10 Pf. wöchentlich, ergeben einen Gesamtjahresbeitrag von 260000 Mk. In 4 Jahren rund eine Million. Ja, eine Million! Daß die Invalidenunterstützung einen sogenannten eisernen Bestand besitzen muß, wird eben leider viel zu wenig beachtet. Auf der Dresdener Generalversammlung forderte der Referent Demuth bei dem damaligen Bestande von 40580 Mitgliedern schon mindestens 150000 Mk. jährliche Rücklage. Bei der Zentralinvalidentasse war die Schaffung eines eisernen Bestandes von 100 Mk. pro Mitglied vorgesehen, erreicht hat diese Kasse diesen Bestand nicht (etwa  $\frac{1}{10}$ ). Wenn dieser an und für sich versicherungstechnisch durchaus nicht hohe Satz bei unserer Invalidenunterstützung berücksichtigt wird, so haben wir noch eine lange Zeit vor uns, um ihn zurückzulegen. Bei der jetzigen Mitgliederzahl von 53000 müßte er 530000 Mk. betragen; wenn wir ihn heute als bestehend annehmen, so blieben vom ganzen Verbandsvermögen nur etwa 700000 Mk.

Schon im Jahresbericht 1896 sagte der Verbandsvorsitzende Döbblin: „jeder orientierte Kollege weiß, daß der weitaus größte Teil des Verbandsvermögens aus

den Fonds der Invaliden- und Krankenunterstützung besteht; bei gesonderter Verwaltung würden annähernd 600000 Mk. allein (Gesamtbestand 1204141,28 Mk.) als Invalidenfonds abzugewogen sein...“

Auf das jetzige Verhältnis übertragen, müßte man nach dieser äußerst maßvollen Berechnung Döbblins rund 3 Millionen als Invalidenfonds betrachten. Also ein Minus von 2300000 Mk., wenn wir den Satz von 100 Mk. pro Mitglied als bindend betrachten. Diese und wohl noch etwas mehr müssen aufgebracht werden.

Im vergangenen Jahre 1906 betragen die Ausgaben für Invaliden 227158,25 Mk., bei der 20 Pf.-Quote stehen dieser Ausgabe 504000 Mk. als Einnahme gegenüber, sodaß sich ein Überschuß nach Abzug der Verwaltungskosten von ungefähr 260000 Mk. buchen läßt. Die gesamte Rücklage des Verbandes betrug 766727,90 Mk. Je näher wir dem Beharrungszustande kommen, reißt die Quote von 20 Pf. wöchentlich nicht mehr aus. Auf eine jährliche Ausgabe für 2120 Invaliden mit mindestens 854180 Mk. ist zu rechnen, dazu brauchen wir eine Quote von 30 Pf. wöchentlich, welche 780000 Mk. ergibt, die Deckung würde also bei dem Satze von 30 Pf. noch nicht ganz vorhanden sein und ungefähr 75000 Mk. Defizit durch Zinsen zu decken sein. Mit dem Wachsen der Invalidenzahl wird es nur kurze Zeit währen, daß die Quote von 20 Pf. noch eine Rücklage zuläßt. Aus den angeführten Gründen ist es dringend nötig, schon jetzt zu diesem Zwecke den Verbandsbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Man vergesse nicht, daß auch wieder schlechte Jahre kommen, wie 1902, wo der Verband mit Unterbilanz arbeitete, d. h. unter Verbrauch von 110617,76 Mk. Zinsen knapp 13000 Mk. im ganzen Mißlage halte.

Alle Anträge auf Erhöhung der Unterstützung sind demnach ohne gleichzeitige bedeutende Erhöhung der Beitragsquote auf die Dauer — denn die Invalidenunterstützung ist eine dauernde — gar nicht durchzuführen.

Eine große Frage kann man nicht mit kleinen Mitteln lösen.

Das Schicksal der „Berliner Ortsinvalidentasse“, der „Schillingen Buchdruckerinvalidentasse“ sowie der „Hirsch-Dunderschen Kassen, der „Deutschen Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit“ und der „Invalidentasse des Gewerbevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter“, welche sämtlich wegen zu niedriger Beiträge, dem Fehlen statistischer Unterlagen sowie Aufnahme ohne Altersgrenze und Gesundheitsattest ohne Berücksichtigung der sich stets steigenden Invalidenzahl, ihr segensreiches Wirken aufgeben mußten, sind warnende Beispiele.

Mit Humanität kann man Invalidentassen gründen, aber nie lebensfähig erhalten, dazu gehört immer die rechnerische Grundlage, welche nur die Erfahrung gibt. Ein Vergleich mit der Reichs- und Invalidentassenversicherung (siehe Tabelle I) ergibt den großen Unterschied unserer Invalidenunterstützung und wieviel mehr unsere Invalidenunterstützung leidet. Die Verbands-Invalidenunterstützung zahlt jährlich schon nach 5 Jahren 365 Mk., die Reichsversicherung nach 22jährigem Durchschnitt in Klasse IV 274 Mk.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

|      | Gesamtvermögen |                  | Ausgaben für Invaliden | Anzahl der Invaliden | Anzahl pro Mitglied | Gesamt-Mitgliederzahl | Mitgliederzunahme | Konditionslofen in % | Krant in % |
|------|----------------|------------------|------------------------|----------------------|---------------------|-----------------------|-------------------|----------------------|------------|
|      | Mk.            | Pro Mitglied Mk. |                        |                      |                     |                       |                   |                      |            |
| 1895 | 931082,18      | 45,40            | 27381,—                | 90                   | 1,33                | 20510                 |                   |                      |            |
| 1896 | 1204141,28     | 53,47            | 38810,—                | 125                  | 1,72                | 22522                 | + 2012            |                      |            |
| 1897 | 1594201,—      | 65,40            | 54575,—                | 164                  | 2,24                | 24376                 | + 1854            |                      |            |
| 1898 | 2106822,89     | 79,87            | 67949,—                | 200                  | 2,58                | 26377                 | + 2001            |                      |            |
| 1899 | 2688251,14     | 98,88            | 82632,25               | 244                  | 3,04                | 27187                 | + 810             | 4 1/4                | —          |
| 1900 | 3092155,02     | 104,52           | 104996,25              | 280                  | 3,55                | 29587                 | + 2400            | 4 1/2                | 3 1/2      |
| 1901 | 3163126,41     | 99,69            | 122109,—               | 325                  | 3,85                | 31731                 | + 2144            | 7 1/2                | —          |
| 1902 | 3176849,12     | 91,84            | 145780,50              | 394                  | 4,21                | 34588                 | + 2800            | 8 1/2                | 3 1/2      |
| 1903 | 3428014,88     | 91,80            | 169308,75              | 445                  | 4,53                | 37341                 | + 2743            | 6 1/2                | 3 1/2      |
| 1904 | 3855993,05     | 95,02            | 191509,50              | 491                  | 4,72                | 40580                 | + 3238            | 5,67                 | 3,31       |
| 1905 | 4450685,63     | 100,07           | 208931,—               | 546                  | 4,69                | 44476                 | + 3904            | 4,28                 | 3,40       |
| 1906 | 5217413,53     | 107,69           | 227158,25              | 583                  | 4,69                | 48447                 | + 3971            | 3,60                 | 3,37       |

Bei uns ist Grundsatz Invalidentät des Berufs (bei 52wöchentlicher Krankheit auch das nicht), bei der Reichsversicherung tritt Rente erst ein, wenn des 6. Teil des ortsbüchlichen Tagelohns nicht mehr erworben wird. Die Berechnungsquote beträgt bei uns 20 Pf., bei der Reichsversicherung um Durchschnitt 25 Pf. wöchentlich. Außer-



gehen. Hier sei wohl der Wunsch der Vater dieses Gedankens gewesen, aber der gesunde Sinn der Kollegen werde stets siegen. Der Verband habe sich jetzt mehr kulturellen Aufgaben zu widmen, die technische und wirtschaftliche Entwicklung stelle neue Anforderungen, Einheit und Einigkeit müßten gepflegt werden, dann würde unsere stolze Organisation weiter blühen und gedeihen. In heutiger Feststimmung wollen wir geloben, dem Verband und seinen Aufgaben alles zur Verfügung zu stellen. Redner schloß mit den begeistert aufgenommenen Worten: Das stolze Denkmal Gutenbergs, der Verband, und mit ihm sein würdiger Sproß, die Görlicher Typographie, sie leben hoch!

Es war schon längst Mitternacht vorbei, ehe das offizielle Programm erledigt war, und bald drehten sich die Typen in lustigen Reigen, der die Mehrzahl der Festbesucher (schräg) bis in den Sonntagmorgen hinein vereinte. Viele, hauptsächlich „fremderherrliche Herrschaften“, benutzten den herrlichen Frühlingsstag zu einem Besuche der Landesfröhen, wo so verchiedene blige Häupter des sonnabendlichen „Strahlenkranzes“ dank der süßen Luft sich entäußern konnten. Am Nachmittag des 29. März fand noch ein gemüthliches Beisammeln im „Kaiserhof“ statt, das bei Sang, Tanz und — „leider“ muß es der gemüthlichste Chronist dazusetzen — Wechsellang gellend die Überlebenden noch mehrere Stunden verjammelte.

Das vierzigjährige Jubelstift ist vorbei, aber die vielen erhebenden und selbstredend auch die nicht minder vielfachen erheiternden Momente werden den Teilnehmern noch lange im Gedächtnisse haften — in stiller Hoffnung auf ein allseitiges Wiedersehen in zehn Jahren — zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Görlicher Typographie!

\*  
„Erinnerungsblätter, vierzigjährige Geschichte der Görlicher Typographie“, ist die jedem Festbesucher am Saal- eingang überreichte Festschrift beiliegt. Die typographisch sehr gut ausgestattete Schrift (68 Seiten und eine Beilage stark) ist in der Offizin „Görlicher Nachrichten und Anzeiger“ hergestellt und mit einer Autotypie unsern entchlafenen Härtel geschmückt. Kollege Gustav Jahns hat aus den Akten des Vereins usw. mit wahrem Fleiß alles das zusammengetragen und geschrieben, was in eine solche Jubiläumsschrift hineingeht. Er sich der Verfasser zur Geschichte des Vereins selbst wendet, schildert er recht anschaulich in dem Kapitel „Aus früheren Tagen“ die Entwicklung des Buchdruckgewerbes in Görlich vom ersten Auftauchen einer Werkstatt gutenbergscher Jünger (um 1530) bis auf den heutigen Tag. Anschließend werden eingehend erörtert: „Die ersten örtlichen Vereinigungen der Görlicher Buchdrucker“, aus deren Aufzählung hervorgeht, daß schon im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts eine Unterstiftungskasse unter den Görlichen Buchdruckern bestand. Der Eintritt der Görlichen Kollegen in den Verband und die Gründung des Niederschlesischen Gau's und die Fortentwicklung des letztern sowie dessen Verschmelzung mit dem Mitteleberschlesischen Gau sind erzählt. Dann folgt eine sehr fesselnd gehaltene Geschichte der Gründung des Vereins Typographie, ein Bericht über weitere Tätigkeit desselben bis in die Gegenwart. Gesangverein Gutenberg und Graphischer Klub sowie die Spartenvereinigungen sind Erwähnung; als Beilage schließt sich eine tabellarische Aufzählung der Vorstandsmitglieder der Typographie seit 1868 an. Das ganze Buch ist eine ausgezeichnete Chronik des Görlicher Verbandslebens. Diese Festschrift ist für Interessenten zum Preise von 30 Pf. durch den Kollegen G. Reichelt, Görlich, Bahnhofsstraße 50, III, zu beziehen.

## Korrespondenzen.

**Buer** i. W. (Ortschaften Buer, Gladbeck, Voßtrop; Monatsversammlung vom 15. März.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Meinolf Lohmann in üblicher Weise geehrt. Für den an den kommenden Oftertag stattfindenden Gantag sind die Kollegen Sundorf und Urendt nominiert. Die Versammlung beschäftigte sich hierauf mit der jüngst erschienenen Artikelserie des Kollegen Reghäuser „Gewerkschaftliche Neutralität“, dabei besonders die Stellungnahme des Lokalvereins Hannover gegenüber dem „Vor.“-Redakteur schärf verurteilend. Nachstehende, vom Vorstand eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute tagende Monatsversammlung des Ortsvereins Buer bedauert aufs tiefste die Stellungnahme verschiedener Orts- und Bezirksvereine gegenüber unserm Kollegen Reghäuser, besonders die Entgegnung des Lokalvereins Hannover, der „Vor.“ diene nur noch zur Verdummung der Mitglieder. Die Versammlung ist im Gegentheil der Ansicht, daß gerade die Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ zur Vertiefung des gewerkschaftlichen Geistes beiträgt und wünscht, daß Kollege R. bei der demnächst stattfindenden Generalversammlung des Verbandes einstimmig aus der Wahl als Redakteur hervorgeht.“ Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab ein Ueberschuß von nahezu 10 Mk. Für die erfreuliche Mitwirkung des Gesangsvereins Gutenberg (Möcklinghausen) zu diesem Feste sei bestens gedankt.

**n. Darmstadt.** (Bezirksversammlung vom 21. März, abgehalten im „Gewerkschaftsraum“.) Nach Erhaltung verschiedener Mitteilungen wurde in die Besprechung der Anträge zum Gantage des Gau's Mittelrhein eingetreten, doch wurde von einer definitiven Beschlußfassung abgesehen, um die Delegierten nicht mit gebundenem Mandate fortzuschicken. Am Anschlusse hieran erfolgte die Wahl der Delegierten, welche folgendes Resultat ergab:

Knoblauch, Böhme, Götner, Ernst, Rigsfeld, Hilbebeutel, Wapler und H. Schäfer aus Darmstadt und als Vertreter des Ortsvereins Wensheim-Heppenheim O. König. Nachdem noch eine Ergänzungswahl zum Vorstände stattgefunden und Kollege Ernst („Heißiger Volksfreund“) mit den Funktionen eines Arbeitsnachweisverwalters betraut worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

**ofr.-Bezirk Eberswalde.** Am 29. März fand in Eberswalde im Gewerkschaftshaufe „Zur Mühle“ unsere diesjährige Frühjahrs-Bezirksversammlung statt, welche von 65 Kollegen besucht war, und zwar waren erschienen: aus Angermünde 7, Bernau 10, Freienwalde a. D. 2, Prenzlau 13, Schmödt a. D. 2 und Eberswalde 22 Kollegen. Der Vorsitzende Madel eröffnete die Versammlung, begrüßte mit herzlichen Worten die erschienenen Kollegen und gab zugleich seiner Freude darüber Ausdruck, daß seinem Wunsche, recht zahlreich zur Versammlung zu erscheinen, von fast allen Ortschaften des Bezirks Rechnung getragen wurde. Vor der Verlesung des Protokolls, welches von der Versammlung fast wörtlich genehmigt wurde, nahm man die Wahl der Kandidaten zu Gautagsdelegierten vor. Als solche wurden gewählt die Kollegen Lippe-Bernau, Madel-Eberswalde und Drylla-Prenzlau. Der Bezirkskassierer Gensch erstattete hierauf den Kassenbericht; die Kasse war vom Vorsitzenden sowohl wie von den Kassieren in bester Ordnung gefunden, es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nunmehr folgten die Berichte der Vertrauensleute aus den einzelnen Druckorten des Bezirks. Die allgemeine Lage ist eine ziemlich gute zu nennen, wenn auch in manchen Orten für die Zarigeneneinsicht noch Gepsrieliches zu leisten ist. Bei dem Berichte von Eberswalde soll jedoch nicht vergessen werden, daß auch der deutsche Postverband auf tarifliche Böhne usw. hält; denn die von diesem herausgegebene „Unterrichtsetzung für Post- und Telegraphenbeamte“, welche in der Buchdruckerei der „Eberswalder Zeitung“ (W. Fandke Verlag) hergestellt wird, darf nur so lange tariflich berechnet werden, als dem Personale der tarifliche Lohn usw. gewährt wird. Als Ort der nächsten Tagung wurde Angermünde gewählt. Nach der nun stattgefundenen einstündigen Mittagspause hielt der in unserm Bezirke beliebte und bekannte Kollege Heinrich Riedorf einen etwa zweistündigen, mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag: „Die bevorstehende Generalversammlung in Köln“. Redner wies eingangs seiner Ausführungen auf die allgemeine wirtschaftliche Lage der einzelnen Arbeiterkategorien hin und unterzog die jetzt immer mehr steigende Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsarten einer näheren Betrachtung. Nunmehr kam Referent auf sein eigentliches Thema und streifte nacheinander fast alle Anträge zur Generalversammlung in sachlicher und fesselnder Weise. Die Sparten haben ihre Vertretung und tragen viel zur Berufsfortbildung und Befestigung des Tarifs bei. Einer besonders kritisch unterzog Redner die Schreibweise unsefers „Vor.“-Redakteurs in seiner Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“, denn dieselbe bewege sich nicht im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung, sondern trage vielmehr dazu bei, Verwirrung und Entfremdung herbeizuführen. Mit dem Punkt „Agitation“ wird sich die Generalversammlung hoffentlich recht sehr beschäftigen, denn in dieser Hinsicht liegt so manches noch im argen. Zum Schluß sprach der Referent den Wunsch aus, daß die Generalversammlung den einzelnen Anträgen und Wünschen der Kollegenschaft in jeder Weise gerecht werden möge. Namens der Versammlung dankte der Vorsitzende Madel dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen und sei ihm auch an dieser Stelle nochmals gedankt. Unter „Verschiedenes“ wurde zuerst das Andenken des verstorbenen, in jeder Hinsicht vorbildlichen Kollegen Conrad Eichler durch Erheben von den Sigen geehrt. Mit dem Wunsche, daß auch fernherhin die Versammlungen stets so zahlreich besucht werden mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem donnenden Hoch auf den Verband.

**k. Erlangen.** Am 28. März konnte der Schriftsetzer Robert Hellwig aus Halle a. S. auf eine 50 jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Am Morgen wurde der Jubilair, der noch körperlich und geistig wohlhaft ist, auf seinem „Randbühn“ in Druck durch den Vertrauensmann beglückwünscht und an seinen festlich geschmückten Arbeitsplatz in der Druckerei geleitet, wo er die Glückwünsche seiner Kollegen entgegennahm. Sein Prinzipal, Herr Jacob, überreichte ihm unter Glückwünschen eine goldene Kette. Zu Ehren des Jubilairs veranstaltete die Kollegenschaft an diesem Abend einen Krummer im Vereinslokale, der bei Musik- und Gesangsvorträgen auf das schönste verlief und bis in den frühen Morgen hinein dauerte. Von der Kollegenschaft wurde unserm Jubilair Hellwig, der mit einer ganz kurzen Unterbrechung seit Gründung des Verbandes Mitglied ist, eine Kuckerei überreicht, und vom Gau Bayern erhielt er die Jubiläumsgabe (30 Mk.). Aus dem Lebensgange des Jubilairs sei nur folgendes erwähnt: Im Jahr 1858 trat derselbe in die damalige Schmidt'sche Druckerei in Halle in die Lehre. Nach Beendigung seiner fünfjährigen Lehrzeit blieb er noch einige Zeit in der Lehrdruckerei und konditionierte dann in der Pföhlschen Druckerei in Halle. Er ging dann in die Fremde und kam nach Hildburghausen, wo er bei Gadow & Sohn längere Zeit tätig war. Anfangs der 70er Jahre siedelte er nach Leipzig über, wo er bei Phil. Neumann, Aug. Gebelmann und Wislocke & Deubert arbeitete. Im Jahre 1873 kam er als Notensetzer nach Erlangen in die C. Th. Jacob'sche Universitätsbuchdruckerei, in welcher er seit nunmehr 35 Jahren tätig ist. Es sei hiermit der Wunsch ausgesprochen, daß unser alter „Rah“ noch recht lange seinem Berufe nachgehen kann.

**Karlsruhe.** (Stereotypenversammlung.) Zu einer Kundgebung nicht nur für die Vereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker Südwestdeutschlands, sondern auch für den Verband selbst gestaltete sich die am 22. März in Karlsruhe im Restaurant „König von Preußen“ abgehaltene Ordentliche Generalversammlung obengenannter Vereinigung, welcher als Gäste der Bezirks- und Ortsverband von Karlsruhe, die Kollegen Kirzke und Schäffer, beizumohnten. Aus der reichhaltigen Tagesordnung seien nur einige Punkte kurz erwähnt. Dem Berichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Vereinigung an Mitgliederzahl ständig zunimmt und zurzeit 59 zählt. Der Krankenstand unter den Stereotypen war im vergangenen Jahr ein großer zu nennen, was hauptsächlich dem ungemessenen und anstrengenden Berufe zuzuschreiben ist. Die Präsenzliste ergab, daß 43 Kollegen aus den Orten Karlsruhe, Straßburg, Freiburg, Vahr, St. Johann, Bruchsal, Neustadt, Mannheim anwesend waren; gewiß ein erfreuliches Zeichen unserer Bestrebungen, wenn man in Betracht zieht, daß verschiedene Kollegen eine große Strecke mit der Bahn zurücklegen hatten. Eine Agitationstour nach Freiburg hatte den Erfolg, daß sich die dortigen Fachgenossen zu einem Vereine zusammenzuschließen und der südwestdeutschen Vereinigung anschließen. Die Kassenverhältnisse, welche gute zu nennen sind, ergaben eine Einnahme von 365,67 Mk., denen eine Ausgabe von 151,72 Mk. gegenüberstand. Dem langjährigen Kassierer wurde von den Mitgliedern der Dank abgestattet für seine gute Kassenführung. Die Situationsberichte der verschiedenen Orte, welche zum Teile sehr interessant waren, zeigten nur zu sehr, wie notwendig es ist, daß sich die Stereotypen und Galvanoplastiker noch mehr denn je enger zusammenschließen zur Verbesserung ihrer Lage nicht nur in technischer, sondern auch in tariflicher Hinsicht. Die Hilfsarbeiterfrage, dieses Schmerzenskind unsers Berufes, welche in jeder Versammlung eine ziemlich große Debatte hervorrief, sollte doch jedem Stereotypen und Galvanoplastiker zu denken geben. Es wurde mit Recht von einzelnen Rednern darauf hingewiesen, daß Kollegen es immer noch nicht unterlassen können, Hilfsarbeiter zu Gehilfenarbeit heranzuziehen. Speziell in diesem Punkte möchten wir die Verbandsfunktionäre bitten, ein wachsameres Auge zu haben, und verweisen wir auf die Bestimmungen für Stereotypen und Galvanoplastiker im Tarife. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß es auch sehr viele Maschinenmeisterkollegen gibt, welche die Stereotypie als Nebenberuf ansehen. Man sehe nur in verschiedene Fachblätter, wo sich solche als solche mögliche anbieten; es ist dies ein Uebelstand, welcher auf die Dauer unhaltbar ist. Nicht nur, daß durch ein solches Vorgehen einzelner Maschinenmeister die Arbeitslosigkeit der Stereotypen immer mehr beschränkt wird, auch ihr Eifer und Eor geöffnet für den Hilfsarbeiter, welcher dann, leider nur zu wahr, unter Maschinen des Maschinenmeisters den Posten des Stereotypen verleiht. Eine wertvolle Statistik, die an anderer Stelle verwendet werden soll, zeigte zur Genüge, daß gerade in den vorstehenden Punkten von vielen Kollegen schwer gefündigt wird. Der Vorsitzende des Ortsvereins Karlsruhe, Kollege Schäffer, welcher im Namen desselben und nach Schluß seiner einstündigen Ausführungen der Versammlung einen guten Verlauf wünschte, nahm alsdann das Wort zu seinem Vortrage: „Zeit- und Streitfragen in Spartenkreisen“, welcher von den Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit angehört wurde und nach Schluß seiner einstündigen Ausführungen reichem Beifall erntete. Da dieses Thema schon des öftern an dieser Stelle behandelt wurde, erübrigt es sich, näher darauf einzugehen; es wurde jedoch allgemein der Wunsch laut, daß die bevorstehende Generalversammlung in Köln Mittel und Wege finden wird, die Differenzen, welche in der deutschen Kollegenschaft schon ziemlich tiefe Wurzeln gefaßt haben, zur beiderseitigen Zufriedenheit zu erledigen. Bei dem nächsten Punkte „Technisches“ wurde der weitgehendste Gebrauch gemacht und auf Antrag beschloffen, bei jeder Generalversammlung einen geeigneten Kollegen zu bestimmen, welcher einen Vortrag über technische Neuigkeiten zu halten hat. Zur Beratung auf Abänderung des Statuts wurde eine Kommission gewählt. Da der jetzige Vorsitzende der südwestdeutschen Vereinigung, Kollege H. Schulz, die Leitung des Stereotypenvereins Karlsruhe übernahm, war ein Verzicht des Vorstandes nötig, und wurde der seltener Schriftführer K. Wagner als Vorsitzender einstimmig gewählt. Als Kassierer wurde Kollege H. Hilker, ebenfalls einstimmig, wiedergewählt. Nachdem noch Kollege Kirzke einige Worte an die Versammlung gerichtete sowie einige interne Angelegenheiten erledigt waren, ergriff der neu gewählte Vorsitzende das Schlussswort, indem er die Mitglieder ermahnte, alles, was wir heute verhandelt, zu beherzigen, für unsere Bestrebungen jederzeit einzutreten, hauptsächlich aber die uns fernstehenden Kollegen unsern Reihen zuzuführen und schloß die von 9<sup>Uhr</sup> früh bis 2<sup>Uhr</sup> nachmittags von kollegialem Geiste getragene Versammlung mit dem Wunsch auf Wiedersehen in nächsten Jahr und einem begeistert ausgerufenen Hoch auf den Verband. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß unter anderem während der Verhandlungen auch ein Telegramm eintraf vom Kollegen Wasmuth (Stuttgart), was freudigen Widerhall fand. Ein gemeinschaftliches Essen, welches nach den Verhandlungen veranstaltet war, wobei eine Besichtigung der Stadt und ihrer Sehenswürdigkeiten hielt die Kollegen noch einige Zeit, wenn auch kurz, beisammen. Der Familienabend, nahm einen schönen Verlauf, und sei an dieser Stelle der Gesangsabteilung des Ortsvereins sowie allen Mitwirkenden herzlichst gedankt.

**Kettwig.** (Gründung des Ortsvereins Typographia Werden-Kettwig-Wintarb.) Schon seit langer Zeit versuchten die Kollegen der obengenannten drei Orte einen eignen Ortsverein zu gründen, welches in der Versammlung am 20. März mit einer vorausgegangenen Vespere in Werden gut vorfiel. In den Vorstand wurden dann einstimmig die Kollegen Heinr. Stoltenberg als Vorsitzender und H. Schaake als Kassierer gewählt. Eingeladen und erschienen waren außerdem der Bezirksvorsitzende Krausz, der Bezirkskassierer Adamczewski sowie das Gavorstandsmittglied Müller. Nachdem der Vorsitzende Stoltenberg die Versammlung eröffnet hatte, ergriß Bezirksvorsitzender Krausz das Wort, worin er es klar deutete, welche Aufgaben einem kleinen Ortsverein gestellt seien. Seine Rede schloß mit einem dreifachen Hoch auf den neugegründeten Verein. Der Vorsitzende Stoltenberg dankte dem Redner für seine erfolgreichen Worte und schloß hiermit die Versammlung. Die größern Ortsvereine werden hiermit gebeten, zur Gründung unsrer Bibliothek ihre Duplikate an den Vorsitzenden Heinr. Stoltenberg, Werden, Neutircher Straße 5, einzufinden.

**n. Kleve.** In einer gutbesuchten Außerordentlichen Versammlung referierte am 28. März unser Bezirksvorsitzender Erelenz (Krefeld) über die Änderung des § 4 des Organisationsvertrags und dessen jetzige Fassung. In ausführlicher, leichtverständlicher Weise führte Redner zunächst die Vorgeschichte des umstrittenen § 4 vor Augen, um dann weiterhin den Abschluß desselben bei der letzten Tarifberatung und die durch denselben beabsichtigte Wirkung für unser Gewerbe näher zu beleuchten und zum Schlusse die schwerwiegenden Gründe einzeln anzuführen, welche die Änderung des § 4 bedingt hätten. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen, welche manche falsche Ansicht in dieser Hinsicht klar gestellt. In der Diskussion erklärten sich denn auch alle Redner mit den Ausführungen des Referenten resp. mit der Änderung des § 4 einverstanden, wenn auch andererseits zu erwarten sei, daß in Zukunft bei derartigen wichtigen Fragen erst die Mitglieder gehört würden. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution des Kollegen Neumann fand einstimmige Annahme. In der weiteren Diskussion wurde die Notwendigkeit der strengen Handhabung des Neutralitätsparagrafen unsers Statuts betont, da nur dadurch die nötige Einheit in unsern Reihen erhalten werden könne und unsern Gegnern die schärfste Waffe entzogen würde. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, zur nächsten Kreisversammlung den Antrag auf Beseitigung der Ausnahmebestimmung betreffs 1/2-stündiger Arbeitszeit (Städte unter 20000 Einwohnern) zu stellen. Eine Zuteilung Kleves zu dem eventuell neuen Bezirke Wesel sei, so glaubte Kollege Erelenz, nicht zu befürchten. Mit Worten des Dankes für den Kollegen Erelenz und einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die angeregte öffentliche Versammlung.

**Lauraaffente-Siemianowits (D.-Schl.).** Wohl mancher Kollege, dem unsre Ortschaften — bis vor nicht langer Zeit noch ein Schmerzenskind des Bezirks Weußen (D.-Schl.) — bekannt sind, wird wohl erstaunt sein, heute im „Korr.“ einen Bericht von hier zu finden. Diesmal können wir aber auch Freutliches melden. War es uns doch vergönnt, am 21. März in „Reichmanns Hotel“ einen Ortsverein ins Leben zu rufen. Zu dieser Feier hatte sich auch eine Anzahl Kollegen aus den Nachbarstädten Weußen (D.-Schl.) und Kattowitz eingefunden. In anschaulicher Weise gab unser Bezirksvorsteher Wpers der Versammlung ein Bild unsers Verbandes und der Tarifgemeinschaft und führte den Kollegen vor Augen, was in sozialer Hinsicht seitens unsrer Organisation für die Kollegen getan worden ist. Zum Schlusse seiner Ausführungen ermahnte Kollege Wpers die Kollegen des neuen Ortsvereins zum festen Zusammenhalten unter Vermeidung jeglicher persönlicher Neibereien und hob den neuen Ortsverein aus der Taufe. Kollege Rudolf Wogolka wurde als Vorsitzender und Kassierer gewählt. Nachdem noch einige auswärtige Kollegen den meist jüngern 12 Mitgliedern unsers Ortsvereins Ratsschläge erteilt hatten, schloß Kollege Wpers den geschäftlichen Teil mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. In der sich anschließenden Fidelitas stellten sich einige musikalisch veranlagte Kollegen in dantenswerter Weise in den Dienst der guten Sache. Mehr früh als spät war es geworden, als sich die letzten trennten in dem Bewußtsein, fröhliche Stunden in rechter Kollegialität verlebt zu haben. Hoffen wollen wir, daß der Geist, wie an diesem Abend, für alle Zeiten in Lauraaffente-Siemianowits herrschen möge!

**Leipzig.** Am 20. März wurde im Stabiliment „Sankt-Jouri“ die Generalversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Engelbrecht in Worten der Anerkennung des so plötzlich verschieden Kollegen Conrad Eichler. Sodann gab der Vorsitzende das Resultat zur Neuwahl des Gavorstandes wie folgt bekannt: Abgegebene wurden 3946 Stimmzettel, davon ungültig 200, weiß 50. Von den abgegebenen 3687 gültigen Stimmzetteln erhielten die geschäftsführenden Kollegen nachfolgende Stimmenzahl: Karl Engelbrecht als 1. Vorsitzender 3473, Oskar Wermann als Kassierer 3077 und Franz Kalisch als Hilfsbeamter 1520 Stimmen. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen: Rube, Heitmann, Wöhne, Thomas, Birkner, Hesselbarth, Engelman. Uns besonders bemerkenswert aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben: die Steigerung der Mitgliederzahl von 4077 auf 4162, was eine Zunahme von rund 400 Mitgliedern innerhalb eines Jahres bedeutet. Das Vereinsvermögen besifferte sich

Ende 1907 auf 212.190 Mk., und wurde ein Überschuss von 37992 Mk. erzielt. Sitzungen des Gavorstandes fanden 67 statt, außerdem fanden 4 Sitzungen mit den Kreisvertretern, den Schiedsrichtern und der Druckerkommission statt. Offizinsversammlungen wurden unter der Leitung des Gavorstandes 93 abgehalten. Nachdem der Kassierer und der Vorsitzende verschiedene auf die Rechnungslegung bezügliche Anfragen in befriedigender Weise beantwortet, wurde dem Vorstande für die gelegte Rechnung einstimmig Decharge erteilt. Eine lebhafteste Diskussion riefen die Wahlen der Revisoren hervor, und wurde hierzu folgender Antrag angenommen: „Der Geschäftskreis der im März stattfindenden Ordentlichen Mitgliederversammlung erstreckt sich insbesondere auf die Wahl von drei Revisoren, von denen einer neu gewählt werden muß.“ Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Max Claus, Max Schmidt und Albin Hofmann. Die bisherige Bibliothekskommission, bestehend aus den Kollegen Schupke, Krenschmidt und Richard Schneider, wurde wiedergewählt. Im letzten Versammlungsbericht ist bei der Wahl von Vertretern zum Gewerchäftsartikelle der als erster Stellvertreter gewählte Kollege Gustav Krüger nicht mit aufgeführt worden, was hiermit nachträglich geschieht.

**r. Fleckenab.** a. M. Die Firma Brojohf & Krause („Offenbacher Zeitung“) erfuhr ab 1. April infolgedessen einer Änderung, als der bisherige Mitinhaber, Herr Brojohf, aus dem Geschäft ausstieg und an dessen Stelle der seit längerer Zeit Inhaber, Herr Dohány, trat. Aus diesem Anlasse wurden sämtliche Angestellte mit einem namhaften Geldgeschenke bedacht. Zudem wir auch an dieser Stelle nachmals verbindlichst danken, hoffen wir, daß das gute Einvernehmen zwischen Prinzipalität und Personal auch fernerhin bestehen bleiben möge.

**Plauen i. V.** Zu der am 28. März abgehaltenen Monatsversammlung waren 60 Kollegen erschienen, eine Besucherzahl, die besser sein könnte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende D. Walther in anerkennenden Worten des kürzlich verstorbenen Kollegen Gustav Rudert, dessen ruhigen und gewissenhaften Charakter hervorhebend, worauf die Anwesenden zum Andenken sich von ihren Plätzen erhoben. Nach Aufstellung des Programms zum Johannisfeste, mit dem in diesem Jahre das 40jährige Bestehen des Ortsvereins Plauen gefeiert werden soll, wurde nochmals Stellung zur Generalversammlung genommen und Kollege Hertel einstimmig als Kandidat aufgestellt. Besont wurde hierbei, daß, nachdem der Gau Erzgebirge-Vogtland drei Delegierte zu entsenden hat, nicht nur allein der Vorort des Gaues alle Delegierten präsentiert, sondern auch den andern zwei Bezirksvororten, Plauen und Zwidaun, je ein Vertreter zur Generalversammlung überlassen werden soll. Wir richten deshalb an dieser Stelle, nachdem wegen des spätern Stattfindens des Gantags eine Rücksprache über die Kandidatenfrage nicht möglich ist, an die Kollegenschaft im Gau das Ersuchen, in diesem Sinn ihre Zustimmung zu vollziehen. Nachdem noch einige Punkte lokaler Natur behandelt worden waren, fand die Versammlung erst nach Mitternacht ihr Ende.

**Queclinsburg.** Unre diesjährige Frühjahrssitzungsversammlung fand am 29. März in Thale statt und hatte sich eines verhältnismäßig guten Besuches zu erfreuen. Dem vom Vorsitzenden F. Franke erstatteten Jahresberichte sei entnommen, daß die Verhältnisse in allen zum Bezirke gehörigen Druckorten als gute zu bezeichnen sind. Die einzige „rühmliche“ Ausnahme sei noch immer Ballenstedt, wo dank der Interesselosigkeit der Kollegen noch viel zu tun übrig bleibt. Um dem Mißtrauen, das sich unter die Kollegen eingeschlichen, entgegenzutreten, war Kollege Jač (Halberstadt), der Gehilfendorfsitzende des dortigen Tarifschiedsgerichts, zu einem Referat über: „Die Tätigkeit des Schiedsgerichts Halberstadt“, gewonnen. Unser Gehilfenvertreter König (Halle) sprach über: „Organisation und Organisationsvertrag“. Redner betonte eingangs, daß wir trotz aller Anfeindungen doch immer das Recht beanspruchen können, die „Pioniere“ der Arbeiter zu sein. Die Geschichte zeige, daß die von uns beschrittenen Wege zum großen Teile von den Gewerkschaften nachgeahmt würden. Er kam dann auf die Unterstützungszweige unsers Verbandes zu sprechen, streifte kurz die Sparfrage und betonte, daß leider von den beteiligten Kollegen vielfach vergesen würde, daß sie in erster Linie Verbandsmittglieder seien. Zum Organisationsvertrag übergehend, bemerkte Redner, daß derselbe trotz seiner vielen Schattenseiten immer noch für uns annehmbar sei. Der interessanteste und lehrreiche Vortrag fand reichen Beifall. Als Kandidaten zum Gantage wurden die Kollegen F. Hofmann (Queclinsburg), Maikath (Blankenburg) und Gehhardt (Thale) aufgestellt. Die nächste Bezirksversammlung soll am Vorort abgehalten werden. Nachdem um „Verschiedenes“ noch einige weniger wichtige Sachen erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Sorau (N.-L.).** Der hiesige Ortsverein beging am 21. März sein erstes Stiftungsfest, welches sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Ein recht umfangreiches Programm (Konzert, humoristische Vorträge, Verlosung und Tanz) unterhielt die Erschienenen aufs angenehmste. Während der Kaffeepafel sprach der Vorsitzende kurze Begrüßungsworte, appellierte an die Gäste um fernere Sympathie für den Verband und schloß mit einem Hoch auf diesen. Kollege Raab (Logau), früher in Sorau, feierte in herzlichster Weise den jungen Festverein und wickte diesem sein Hoch. Gleichzeitig war vom Ortsvereine Logau ein Begrüßungsgramm eingelaufen. Die Frühlingssonne stand längst am Himmel, als die letzten

Teilnehmer die Feststätte verließen. Alle Kollegen aber, denen die hiesigen Verhältnisse nicht fremd sind, werden die Entwicklung unsers Ortsvereins sicher mit Freuden begrüßen.

## Rundschau.

Inserate, Notizen für den Verammlungs-kalender und Verbandsnachrichten pflegen in letzter Zeit zum Teile so spät eingeleitet zu werden, daß ihre Aufnahme in die gewünschte Nummer nur mit großen Schwierigkeiten, manchmal aber nicht mehr zu ermöglichen ist. Wenn es nach verschiedenen Einsendern ginge, müßten die am „Korr.“ beschäftigten Sezer überstunden auf überstunden machen. Obwohl oft genug schon bekanntgegeben, sei nochmals darauf hingewiesen: Einsendungen der bezeichneten Art müssen stets so aufgegeben werden, daß sie mit der ersten, für weitere Entfernungen mit der zweiten Post an den Abschlußtag Dienstag, Donnerstag und Sonnabend in unre Hände gelangen. Mit der dritten Post (mittags 12 1/2 Uhr) eingehende Inserate, Notizen für den Verammlungskalender und Verbandsnachrichten können nicht unbedingt auf Aufnahme rechnen, mit den drei spätern Postgängen eilaufende Sachen aber auf keinen Fall, da mit dem Umbruche mittags 1 Uhr begonnen wird, weil die Post infolge der hohen Auflage des „Korr.“ die ersten Ablieferungszeiten immer früher ansetzt. Bei Mitteilungen für die „Rundschau“ wolle man das für vorgenannte Einsendungen Gesagte ebenfalls beachten. Artikel und Korrespondenzen bedürfen aber stets einer frühern Absendung ihre Aufnahme richtet sich übrigens nach der Reihenfolge dieser Art Eingänge.

Die Tarifrevision der Leipziger Schriftgießer hat in bezug auf die materiellen Punkte nach langen Verhandlungen zu einer Verständigung geführt. Das Minimum des gewissen Gehlbes wurde von 27,50 auf 30 Mk. und für Ausgelernte im ersten Gehlbesjahre von 21 auf 23 Mk. erhöht. Eine bemerkenswerte Erhöhung der Löhne für Komplettmaschinengießer, Höhehobler, Fertigmacher und Justierer ist vorgesehen sowie für diejenigen Gehlbesen, die das Minimum verdienen, eine fünfprozentige Löhnerhöhung zugestanden worden. Für überstunden wird eine Löhnerhöhung von 50 Proz. gewährt. Mit diesen Vereinbarungen erklärten sich die Leipziger Gießer einverstanden, doch soll in bezug auf eine Arbeitszeitverkürzung noch einmal mit den Prinzipalen verhandelt werden. Wir teilen dies zur vorläufigen Informierung mit, nachdem die Fachpresse darüber schon Mitteilungen bringt, uns aber ein Bericht noch nicht vorliegt.

Der Austritt der Firma Friedr. Bieweg & Sohn aus der Tarifgemeinschaft bedeutet für Hoffäß einen fürchterlichen Reinfall. In der bekannten Braunschweiger Allgemeinen Versammlung am 5. Januar nahm Herr Hoffäß den Mund so voll, wie er überhaupt nur genommen werden kann, um zu versichern, daß die Bundesleitung niemals die Unterzeichnung des Reverses seitens der Bündler bei Bieweg dulden werde. Vier Wochen danach schrieb der „Typograph“ in dem Berichte über jene Versammlung, dieser Revers existiere nach eingezogener Erkundigung schon lange nicht mehr. Uns dann unser Braunschweiger Vorsitzender in Form einer präsgeschlüßlichen Berichtigung im „Typograph“ das Weiterbestehen des Reverses feststellte, kniff Herr Hoffäß mit der benutzten falschen Denunziation, Bündler wären in der letzten Zeit bei Bieweg gar nicht in Kondition getreten, ergo könnten nur Wilde oder verbedet stehende Verbändler den „schon lange nicht mehr existierenden Revers“ unterzeichnet haben. Daß von verbedet stehenden Mitgliedern des Verbandes nicht die Rede sein konnte, wußte Herr Hoffäß sehr wohl, trotzdem denunzierte er, wie mitgeteilt. Herr Hoffäß vermied aber wohlweislich, daß zur selben Zeit der hündlerische Ortsvorsitzende in Braunschweig, der famos Herr Kupp, bei Bieweg in Kondition getreten war und ohne Gewissenbisse den „schon lange nicht mehr existierenden Revers“ unterzeichnete, den nämlichen Revers, gegen den Herr Hoffäß am 5. Januar alle Schleißen seiner stiltlichen Entrüstung geöffnet hatte! Und um das Maß der Blamage für Herrn Hoffäß voll zu machen, erklärt nun die Firma Bieweg ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft mit der Begründung, an dem Revers unbedingt festzuhalten. Man könnte mit Hoffäß Bewauern empfinden, wenn seine Kampfweise eine reellere und die von ihm vertretene Sache eine bessere wäre. Der Verband hat bei Bieweg keine Mitglieder, der Bund aber dort nahezu seinen ganzen Braunschweiger Ortsverein verpumpt, dessen Mitglieder — unter Billigung der Bundesleitung! — auf das höchste Recht des Arbeiters, das Koalitionsrecht, seit Jahren gern Verzicht leisten.

Ein bereitetes Schweigen ist es, das die Leitung des Gutenbergbundes und das Bundesorgan beobachten in bezug auf das äußerst kompromittierende Schreiben des Bundesverwalters Janson, womit die freibredruehtigen Tendenzen der Bundesleitung so augenfällig wie nur denkbar bewiesen werden. Man hat im „Typograph“ zwar den Versuch unternommen die Authentizität des Janjonschen Schreibens anzuzweifeln, und die noch schwächere Unterzeichnung gewagt, wir hätten Janjons „kollegiale“ Ratsschläge aus dem Zusammenhange gerissen. Als wir darauf (in Nr. 35) etwas deutlicher wurden, hat man drüber wohl eingegeben, daß unser für die Bundesleitung äußerst blamables Material nicht anzuzweifeln ist — und schwieg! Wenn die Bundesleitung — das

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 7. April 1908.

Anzeigenkosten: die Kompaßzeile 25 Pf.;  
Veranstaltungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 41.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Jansonische Schreiben ist ein offizielles Dokument des Geschäftsführers des Gutenbergbundes und auch mit deren Stempel versehen — nur ein Mittelchen jäh, den er teilten Rat zum Streikbrot im Einzelfalle wie auch die Mitteilung an den in Betracht kommenden auswärtigen Bündler, daß es der Bundesleitung schwer falle, die Stellen der bei in Frage stehender Firma in Kündigung getretenen Verbandsmitglieder zu besetzen, abzustreiten, Hoffsch würde gewiß zwei Seiten dazu verschwenden. Da man aber nicht weiß, wohin man überall schon Anweisungen erteilt hat, das pflichtgemäße Vorgehen der Verbandsmitglieder auf strikte Einhaltung des Tarifes oder Beseitigung anderer wichtiger Mängel im Arbeitsverhältnis „im Interesse des Bundes“ (wie Janson schrieb) zu durchkreuzen, schweigt man sich lieber aus, dabei die heiße Hoffnung hegend, daß über diese neue Blamage bald wieder Gras wachsen wird. So haben wir aber nicht gemettet! Und zwar schon deswegen nicht, weil die durch das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ und die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ sprechende christliche Gewerkschaftsleitung bei allen gegen den Bund erhobenen Vorwürfen stets erklärt, dergleichen komme bei dem „neuen“ Gutenbergbunde nicht mehr vor. Nun aber, wo die Leitung des angeblich wie der Phönix aus der Asche neuerstandenen Gutenbergbundes ihrer bewährten Tradition des Arbeiterrates und des Rates aller Bündnisse in puncto Tarifdurchführung und Tariftreue treu bleibt, schweigt man im christlichen Heerlager nicht etwa betroffen, sondern stimmt nach wie vor die — ach, so mitzählenden! — Lobeshymnen auf den Bund an, drückt besten sehr zweifelhaften Zahlenmanöver ab und tut auch sonst, als ob der Gutenbergbund allen Anlaß hätte, freudensfeuer anzuzünden und Böllerschüsse abzufeuern vor wegen des Sieges seiner „gerechten Sache“. Und doch liegen die Dinge genau so wie damals, als der Führer der christlichen Gewerkschaften den Gutenbergbund eine Streikverweigerungsgesellschaft genannt und nur aus formalen Gründen eine kleine Geldstrafe erhielt, denn den Wahrheitsbeweis sah das Gericht als erbracht an. Welche Wandlung der Anschauungen und Grundtatsache, aber nicht zum Besseren! Der „Typograph“ jedoch hat den wunderbaren Einfall, die Bundesmitglieder über die fatale Situation hinwegzutäuschen, indem Hoffsch in gottesfürchtiger Dreifigkeit Vorkammlänge über den weiteren Siegeszug des Bundes erschallend und peremptorisch verkündet, der Bund wird sich und Stimme im Tarife nicht erhalten. Wer von den Bundesmitgliedern nach den vor- und nachstehenden erwähnten Leistungen der Bundesleitung das glaubt, kann nicht mehr als zurechnungsfähig gelten und verdient noch schlimmer an der Nase herumgeführt zu werden wie bisher, obwohl diese Leistungsfähigkeit der Leute aus der Jakobitstraße zu Berlin eigentlich nicht mehr gefordert werden kann.

Das Zirkular der Bundesleitung mit Anweisungen über die Arbeitsvermittlung von Bundes wegen wird gleichfalls im „Typograph“ mit Stillschweigen übergegangen, obwohl schon in unserer Nr. 35 vom 24. März dieses weitere Dokument für die unentwegte und zweifelsfreie Tariftreue des Gutenbergbundes ans Licht gezogen wurde. Der Gutenbergbund als Tarifkontrahent macht sich immer netter.

Die Firma J. C. Schmidt in Helmstedt sucht im „Typograph“ nochmal zwei tüchtige Wert- und Zeitungsseher. Das ist jene in den letzten Monaten aus Polemiken mit dem Gutenbergbunde bekannt gewordene Druckerei, die untarifliche Arbeitszeit hat. Der „Typograph“ nahm dieses Schmidt'sche Inserat auf, obwohl er genau unterrichtet ist, daß Schmidt diese Selbstaneignung einer Vergünstigung aus dem § 1 des Tarifes verboten worden und ihm bestimmte Verpflichtungen zur strikten Einhaltung des Tarifes auferlegt sind. Da Herr Schmidt, wie erwähnt, sein Personal aus Bündlern zusammenlegen will — Verbandsmitglieder stehen dort selbstverständlich nicht —, so bedeutet die Veröffentlichung jener Beschäftigung, daß die Bundesleitung die Beschäftigung ihrer Mitglieder zu untarifauffälligen Bedingungen gestattet.

Die Verlosung des Gutenbergbundes ist nach uns zugegangenen Mitteilungen neuerdings wieder um einige Fälle vergrößert worden. Im „Typograph“ liest man davon natürlich nichts, dort wird den Bündlern vielmehr eine Fata Morgana vorgezaubert: wie der Gutenbergbund im Sprungschritt dem Sieg entgegenstürmt...

Für den Gutenbergbund glauben gewisse Zeitungen immer noch Klame machen zu müssen durch Ueberdruck der von diesem versandten Maßzettel. Auch das „Frankfurter Volksblatt“, ein Zentrumsorgan, springt auf diese Weise dem Bunde bei. Erfreulicherweise nützt diese papierne Klame dem Bund aber nicht das geringste, und wenn jene Blätter ihre Sympathie zuwenden, können sie ja aus dieser Nummer zur Genüge erfahren.

Eine neue Schmähschrift über die Tarifgemeinschaft hat der Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe unter dem Titel: „Die Begünstigung der Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe“, herausgegeben. Nach dem darüber den Wäutern zugegangenen Maßzettel kann man schon die nötigen Schlüsse auf den Inhalt ziehen. Es heißt nämlich darin: „Daß der Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe nach erfolgter Aufhebung der §§ 4 und 6 des Organisationsvertrages nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern im Interesse des Buchdruckgewerbes und des Vaterlandes weiter arbeiten will, geht aus einer Forderung von dem Arbeitgeberverband herausgegebenen Schrift: Die Begünstigung der Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe“, hervor. Die Schrift beweist, daß der Arbeitgeberverband durchaus kein prinzipieller Tarifgegner ist, daß er sich aber nicht die Augen verschließt gegenüber den dem gegenwärtigen Buchdrucker- tarif anhaftenden bedeutenden Mängeln, auf deren Beseitigung er hinarbeiten will. In überzeugender Weise wird ins Licht gestellt, daß die gegenwärtige Tarifgemeinschaft ganz auf den sozialdemokratischen Geistesverstand zugeschnitten ist und wesentlich zur Vermehrung der Macht der Sozialdemokratie beiträgt. Die Schrift, die von keinem ungeseligen bleiben sollte, dem die Zukunft des Vaterlandes am Herzen liegt“ usw. Die Schrift kostet 1 Mk., das beste Mittel, ihr den Abgang zu sperren. Ein Prinzipal übersendet uns diese sich selbst charakterisierende Schwafelrei mit den zutreffenden Worten: „Haben Sie vielleicht ein Pläschen für das Geschreibsel in Ihrem Papiertorb? Ich möchte den meinigen nicht infizieren. Der Hrige ist derartiges ‚vaterlandbetobendes Zeug‘ schon gewöhnt.“

Auf die Finger geklopft ist dem Inhaber einer Maschinenschreiberschule in Hannover. Nebenbei eine kleine Buchdrucklehre unterhaltend, jühlte er sich besuren, Lehrlinge „auszubilden“. Auf eingelegte Beschwerde unsers Ortsvorstandes in Hannover unterlegte die dortige Handwerkskammer die fernere Auszubildung von Sezer- und Druckerlehrlingen. Die eingelegte Verurteilung bei dem Magistrat als Aufsichtsbefehle zeitigte infolge eines andres Resultat, als im Weisheit des zuständigen Magistratsassessors nach Anhörung von Sachverständigen wohl das Galten eines Scherlehrhings gestattet, dagegen die Ausbildung von Druckerlehrlingen, da der Betrieb doch gar zu unbedeutend sei, unterlagte wurde und dem Gedachten aufgegeben ward, den Druckerlehrling zu entlassen. Den Sezerlehrling als Schweizergedenge anzulernen oder als Anleger an der Ziegeldruckerei zu beschäftigen, wurde dem „erprobten“ Lehrferrn ebenfalls untersagt.

Durch Feuer gänzlich zerstört wurde die Pflanzmannsche Buchdruckerei in Walsrode (Hann.).

Bei der Vertreterwahl zur gemeinsamen Ortskrankenkasse in Heilbronn a. N. entfielen auf die freien Gewerkschaften 2106 Stimmen; die Christlich-Nationalen brachten es trotz der allgrößten Anstrengungen auf ganze 354 Stimmen.

Ein unerbesserlicher Kassenmarder ist ein Malergeselle in Frankfurt a. M. Im Jahre 1906 fälste er in zwei Fällen Anmeldebögen, wofür er auf von dem Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse erstattete Anzeigte wegen Betrugs zu insgesamt zehn Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Nachdem er diese Strafe verbüßt, fing er mit seiner eigenartigen Gaunerei von neuem an. Im Sommer vorigen Jahres fälste er nämlich in drei Fällen je ein Anmeldebögen zur Ortskrankenkasse. In die Rubrik „Arbeitgeber“ trug er den Namen eines Frankfurter Unternehmers ein. Dann meldete er sich krank. Die Ortskrankenkasse gewährte ihm auch Krankengeld in Höhe von 115 Mk. Zwischen merkte der angegebene Arbeitgeber, daß er zu Unrecht mit Beiträgen für einen ihn ganz unbekanntem Arbeiter belastet wurde und reklamierte die Beiträge. Dadurch kam der Schwindel wieder heraus. Es wurde daraufhin Straf Antrag gestellt und nun wurde der Kassenmarder zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 150 Mk. und fünf Jahren Ehrverlust wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs verurteilt.

Die Annahme des Reichsvereinsgesetzes in der gegen die Regierungsvorlage noch verbesserten Form der Beschluß der Blochtheit der Kommission ist leider so gut wie gescheit. Da der dritte Tag der Beratungen des Reichstagsplenums, an welchem die Entscheidung über den wichtigsten Punkt — den Sprachenparagraphen — fallen wird, nicht mehr für diese Nummer zu erfassen ist, können wir ein gedrängtes Bild von der sich im Ballsaal hause abspielenden Tragikomödie erst in der nächsten bringen. Aber wie gesagt, die Entscheidung ist in dem Augenblicke, wo diese Zeilen in Druck gehen — 4. April mittags — nicht mehr zweifelhaft: Der Bloch drückt das im Sinne der Regierung und nach den Wünschen der

Konservativen umgemodelte Gesetz durch. Die Haltung des um seine Regierungsfähigkeit so bangenden Reichstages ist schmähvoll zu nennen. Bei einer späteren Neuwahl des Reichstages wird er die Quittung dafür erhalten und seine Reihen dann noch mehr gelichtet sehen.

Die Steinzeug- und Pflasterer in Breslau und Düsseldorf sind wegen Nichtanerkennung des sogenannten Musterarifes bereits ausgesperrt worden; in Lübeck sind sie in den Streik getreten. — Die Schuhmacher wurden in Braunschweig und Lübeck ausständig, in den Streik ist diese Arbeiterkategorie getreten in Magdeburg. — In Dresden traten die Stukkateure in den Streik, die von ihnen eingeleiteten Tarifverhandlungen lehnten die Unternehmer ab. — Die Zimmerer in Alten a. E. streiken. In Eppingen sind die Brauer ausständig. — Die Schneider in Freiberg i. S. haben die Arbeit eingestellt, weil die Meister nicht mit ihnen über die gestellten Forderungen verhandeln wollen. — In Erlangen sind die Maler ausgesperrt worden. In diesem Berufe wird es wohl in Süddeutschland zu größeren Kämpfen kommen. — Zu den in Nr. 39 genannten Aussperrungsorten der Werftarbeiter ist Besagad nachzutragen, woselbst 350 Mann von der Aussperrung betroffen wurden. — Nach den neuesten Meldungen haben die vereinigten Werftarbeiter eine Ausdehnung der Aussperrung beschlossen. — In Hamburg, Altona und Wandsbel stellten die Marmorarbeiter die Arbeit ein, weil man ihre Forderungen ablehnte. — Die Organisationsleitungen im deutschen Schneidergewerbe haben auf einer in Leipzig abgehaltenen zweiten Konferenz nun eine Einigung über alle schwebenden Differenzen erzielt, so daß es zu einem Kampfe nicht kommen wird. Daß kleinere Konflikte dadurch nicht unmöglich geworden, zeigt die Differenz in Freiberg i. S. — Die Tarifverhandlungen für das Holzgewerbe in München haben einen zufriedenstellenden Verlauf genommen und die dortigen Holzarbeiter haben dem vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichtes zustande gekommenen Tarifabschlusse zugestimmt. — Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat nach den schon gemeldeten, glücklich verlaufenen Einigungsverhandlungen an alle Unternehmer die Anweisung erlassen, sich bei den weiteren übrigen Verhandlungen nicht auf kleinliche Fragen zu versteifen. Der Bauunternehmerverband für Bielefeld und Umgegend hat aber über den Ausgang der Berliner Verhandlungen die Fühne der Rebellion erhoben. In einem an alle Bauunternehmerverbände versandten Zirkulare wird getreu das Konzept kopiert, mit dem man in Gewerkschaftskreisen schon häufig gegen die Verbandsleitungen Opposition machte, wenn in einer Lohnbewegung nicht bis zum Tüpfelchen über dem i alles durchgeführt werden konnte. Das Schriftstück ist ein klassischer Beweis, wie schwer es ihnen wie drüben ist, alle Organisationsangehörigen von der Notwendigkeit der eingeschlagenen Taktik zu überzeugen. Es ist nicht unangebracht, an einzelnen Ausführungen die Unfähigkeit des Oppositionsgeistes bei Arbeitern wie Unternehmern zu demonstrieren. Nachdem auf die „gerade Haltung“ der obersten Leitung des Arbeitgeberbundes vor den Verhandlungen anerkennend hingewiesen, heißt es dann in dem Zirkulare der rebellierenden Bielefelder: „In unsern Reihen erhebt sich nur eine Stimme der Entrüstung über die dem Bunde widerfahrne Niederlage. Leider vermögen wir nur eine solche in der sogenannten „Einigung“ zu erblicken. Den Einwendungen der Gewerkschaften ist entgegen den in Hannover mit absoluter Einstimmigkeit und wahrer Begeisterung gefaßten Beschlüssen in allen Punkten fast gesprochen, und diese Generalversammlung sowie die im Geiste derselben anschließend daran mit den Unternehmern geführten lokalen Verhandlungen erhalten dadurch den Stempel der Komödie. In Wirklichkeit lag für einen derartigen Mißgung absolut kein Anlaß vor. Im Gegenteil, und jetzt kommt die Hauptsache: Die Chancen des Bundes waren zurecht so günstig wie nie zuvor. Denn man hatte überall die Vorbedingungen getroffen, den Kampf eventuell aufzunehmen und dann auch zum Siege zu führen. Wie ist die Lage jetzt? Jeder weiteren Verhandlung ist der Boden entzogen, und was wir am schlimmsten empfinden: Das unverständliche Vorgehen des Vorstandes ist nur zu geeignet, die Festigkeit des Bundes zu erschüttern. Dazu darf es nicht kommen! Wir halten nach Lage der Sache die Einberufung einer Generalversammlung für unumgänglich bedarfs Wahrung unsers Ansehens und Wiederherstellung unsrer Macht.“ Sind das nicht recht verwandte Anklänge an 1906? Wenn hier Unternehmer also loslegen, kann man eben sehen, wie schwer es ist, im ganzen vorwärts zu kommen. In Schweinfurt ist es übrigens trotzdem zu einem Konflikte gekommen. Den Bauarbeitern wurde gekündigt, weil diese den Ausschluß der Kündigung nicht anerkennen wollten. — Die Damenschneider in Dresden haben ihren Ausstand durch Vergleich vor dem Gewerbegericht beendet. — Der Streik der Gärtner in Lübeck endete mit Anerkennung der wesentlichsten Forderungen.

